



Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-  
und Umweltschutzverbände  
in Baden-Württemberg  
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-  
verband nach § 67 NatSchG

## Pressemitteilung 090120

Stuttgart, den 20.1.09

### LNV kritisiert Stächeles Ruf nach mehr Geld für den Straßenbau

### **„Straßenland“ oder „Kinderland“?**

*Nachhaltigkeitsbeauftragte sollen finanzpolitische Entscheidungen bewerten!*

**Für verantwortungslos gegenüber künftigen Generationen und für „Kinderland-feindlich“ hält Reiner Ehret, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbands Baden-Württemberg (LNV) die Forderung von Finanzminister Stächele aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung mehr Geld für Straßenneu- und -ausbau bereit zu stellen und gleichzeitig weniger in die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen zu investieren.**

Jeder wisse, dass das vorhandene Straßennetz längst so groß und teuer sei, dass die Landesregierung seit Jahren die notwendigen Mittel aus dem laufenden Haushalt allein für Unterhaltung und Sanierung nicht mehr aufbringen könne. Daher sei nach Ansicht des LNV lediglich ein Konjunkturprogramm für Straßensanierungen vertretbar, nicht aber für Neu- und Ausbaumaßnahmen an Straßen. „Die Landesregierung will künftigen Generationen die Unterhaltung weiterer Straßen aufbürden und ignoriert dabei sowohl den Bevölkerungsrückgang als auch die Schuldenlast, welche Landes- und Bundesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen den nachfolgenden Generationen ohnehin übergeben“, kritisierte der Chef des Dachverbandes der Natur- und Umweltschützer. Stächele habe – so Ehret weiter - mit seiner Forderung deutlich gemacht, was das Land wirklich unter „Kinderland Baden-Württemberg“ und dessen Förderung

verstehe: „Mehr Platz für Autofahrer und ihr Lieblingsspielzeug!“ und fragt nach: „Was sagt wohl der Kinderland-Erfinder Ministerpräsident Oettinger dazu?“

Mit Blick auf die hehren Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes fordert Ehret: „Wir brauchen umgehend unabhängige Nachhaltigkeitsbeauftragte, und zwar vorrangig für das Staats-, Finanz-, Innen- und das Wirtschaftsministerium.“ Diese sollen die Ressorts in Fragen der Nachhaltigkeit und Zukunftsgerechtigkeit beraten und alle politischen Entscheidungen - insbesondere Finanzentscheidungen - mit einer Empfehlung versehen, die der Öffentlichkeit und dem Landtag zugänglich zu machen ist.

„Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wird ad absurdum geführt, wenn die Landesregierung in der Zwischenzeit Tatsachen schafft, die jeglicher nachhaltigen zukunftsfähigen Entwicklung Hohn spottet“ kritisiert Ehret die Landesregierung.